

Planungstagung Vorbereitung der Tagungen des Jahres 2018

24. bis 26. März 2017

Potsdam

gefördert durch das



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Inhalt

1. Tagungsergebnis in Kürze.....	3
2. Projektbeschreibung	5
3. Themen und Termine für 2017	8
4. Über das Ideal der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im politischen Diskurs in Bezug auf Praxis an der Schule.....	9
5. Vorstellung der Deutschen Schulakademie.....	11
6. Bildungslandschaft neu denken - Vorstellung des Forschungsprogramms der Zukunftsstadt.....	13
7. Namen, Zahlen, Fakten	15

1. Tagungsergebnis in Kürze

„Was brauchen Bildungseinrichtungen vor Ort und wie sollten moderne Bildungslandschaften für die zukünftigen Anforderungen gestaltet sein?“. Dieser Frage ging der Bundeselternrat auf seiner Planungstagung 2017 nach. Damit kam der Bundeselternrat thematisch von der großen Ebene des Vorjahresthemas 2017 „Europa“ zurück an die Basis bei der Ausgestaltung des Jahresthemas 2018 zur „Bildung vor Ort“. Darüber hinaus sollte das Jahresthema für 2019 skizziert werden.

Das Thema „Gute, Gesunde Schule“ ist in den letzten Jahren im Zuge der Diskussionen um das neue Präventionsgesetz nach dem lebensweltlichen und salutogenetischen Ansatz (nach Antonovsky) zu einer wichtigen Dimension in der Schulqualitätsentwicklung geworden. Hier wird die psychische Gesundheit aller Beteiligten als ein wichtiger Ausgangspunkt für die Sicht auf Lernsettings betrachtet. Ein besonderes Augenmerk verdienen dabei die Kooperationspartner von Schulen auf kommunaler Ebene, also auch die Schulträger: Welche Möglichkeiten und Potenziale bergen Schulen in sich bei der Gesundheitsförderung der Schüler und deren Familien? Welche Möglichkeit hat die Schule sich an der Gesundheitsentwicklung einer Kommune zu beteiligen? Im Lichte des demographischen Wandels stellen sich außerdem noch weitere Fragen: Wie kann man Flächenregionen entwickeln, die sich unter dem demographischen Wandel, dem Rückgang der Bevölkerung neu organisieren muss? Welche Weichen gilt es jetzt vorausschauend zu stellen, damit Städte und Flächenregionen zukünftig eine hohe Lebensqualität bieten?

Wie sich eine Kommune umfassend in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv und partizipativ weiterentwickelt, erläutert Prof. Paulus anhand des Beispiels der Stadt Lüneburg in Kooperation mit der Leuphana Universität im Rahmen des vom BMBF geförderten Projekts Zukunftsstadt. Hierbei sind alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingebunden: Wirtschaft, Industrie, Ärzteschaft, Verwaltung, Schule.

Das Lüneburger Projekt orientiert sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen (17SDGs = Global Goals for Sustainable Development).

Hierbei gibt es drei Dimensionen, die eines nicht nur kulturellen Wandels bedürfen:

- ökonomisch,
- ökologisch,
- sozial.

Von diesem Vortrag gingen Impulse aus zur Ausgestaltung der einzelnen Tagungen innerhalb des Jahresthemas 2018 vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Wie sollen Schulen im Sinne der Zukunftsfähigkeit von Städten und Regionen aussehen? Wie wird der Bildungsauftrag qualitativ und nachhaltig umgesetzt?

Einen weiteren Anstoß erhielten die Tagungsteilnehmer durch den Vortrag von Dr. Rösch, Leiter der Deutschen Schulakademie: Die Gründung der Deutschen Schulakademie folgte konsequenterweise auf die Erfahrungen mit den vielfältigen Best-Practice-Beispielen der Schulpreisträger. Dort wird gute Praxis transferiert, transformiert und weitergegeben. Es geht um eine

dialogische Weiterentwicklung von Schulen mit allen Beteiligten – differenziert nach den Bedingungen vor Ort. Darüber hinaus gehen auch Impulse in die Wissenschaft. Kernthemen sind „Individualisierung“, „Unterricht“, „Heterogenität“, „demokratisch handeln Lernen“, „Lernstrukturen gestalten“ und „Schule leiten“.

Die Zielgruppe sind alle Schulen in Deutschland. Auch Kooperationen mit Kultusministerien und mit den Landesinstituten für die Lehrerbildung werden wahrgenommen. Das vielfältige Programm in unterschiedlichen Formaten besteht aus Dialog (regionale und bundesweite Veranstaltungen), Werkstatt, Netzwerk und Plattform für den Austausch über Bildung.

Der nächste Gast von der Bertelsmann Stiftung, Antje Funke stellte die kontrovers diskutierte Studie von der kurzfristig erkrankten Prof. Vera Betz (Frankfurt a.M.) vor: Eltern sind als unverzichtbare Partner bei der Bildung in Politik und Wissenschaft mittlerweile anerkannt. Jedoch werden die in der Praxis häufig anzutreffenden Hindernisse eines reibungslosen Miteinanders im Sinne fairer Bildungschancen zu selten thematisiert.

Der letzte Vortrag lieferte einen Ausblick für uns Elternvertretungen das eigene Klientel und den Vertretungsauftrag in deren Sinne in den unterschiedlichen Gremien wieder stärker in den Fokus zu rücken. Somit befanden die Teilnehmer der Planungstagung 2017, dass es sich im Jahr 2019 um das ureigenste Thema - der Elternvertretung - drehen soll.

2. Projektbeschreibung

Jahresthema des Bundeselternrats in 2017: Bildung in Europa – von anderen Lernen
Planungstagung

**Tagungsthema: Jahresthema 2018 des Bundeselternrats
Regionale Bildungslandschaften - Bildung vor Ort**

Im Jahr 2017 beschäftigt sich der Bundeselternrat mit dem Thema „Bildung in Europa – von anderen Lernen“ und fragt, welche Modelle in Europa auf unser Bildungssystem angewendet werden können. Unser Fokus liegt hierbei auf den Themen: Demokratiebildung und Migration, Digitalisierung, die Anerkennung von Abschlüssen, Ausbau der Unterstützungssysteme und die vielfältigen Möglichkeiten im Bildungsaustausch. Im Jahr 2018 möchten wir bei gleicher Fragestellung die Perspektive im Grundsatz ändern. Wir möchten eruieren, welche Anforderungen sich heute an unseren Bildungseinrichtungen stellen und welche regionalen Bedingungen zu berücksichtigen sind. Damit kommen wir von der großen Ebene Europa zurück an die Basis und es stellt sich uns die Frage: „Was braucht eine Bildungseinrichtung vor Ort?“. Wir möchten diese Fragestellung an Hand von vier Kategorien behandeln: personelle und materielle Ressourcen, die Planung regionaler Bildungslandschaften, die Kooperationsbeziehungen zwischen Bildungseinrichtungen, den Kommunen und Ämtern innerhalb dieser Bildungslandschaften und die Gestaltung von Unterricht und seine Entwicklung vor Ort. Bei der Frage nach den Grundvoraussetzungen für die Gestaltung moderner Bildungslandschaften möchte der Bundeselternrat folgende Schwerpunkte benennen:

- Inwieweit wird die Gründung von Bildungslandschaften aktiv durch die Bundesländer unterstützt und wie werden regionale Bezüge bei der Entwicklung dieser Bildungslandschaften berücksichtigt?
- Werden übergeordnete Themen, wie das „lebenslange Lernen“ bei der Gründung von Bildungslandschaften durch die Kommunen als Schulträger berücksichtigt?
- Welche Rolle spielt die Bildungsforschung bei der Gestaltung von Bildungslandschaften, z.B. durch Bildungsmonitoring, regionale und lokale Bildungsberichterstattung?
- Welchen Einfluss haben regionale Bildungslandschaften auf die Schulkultur? (Kooperationsmodelle zwischen verschiedenen Schulformen)

1. Personelle Ressourcen – Lehrerversorgung (Personalplanung) – Unterstützungssysteme - Qualifizierung

Die personelle Ausstattung mit qualifiziertem Lehrpersonal ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von guter Schule. Schon jetzt ist in einigen Bundesländern absehbar, dass die Versorgung mit Lehr- und Unterstützungspersonal in unseren Bildungseinrichtungen nicht umfassend gewährleistet werden kann. So liegt in einigen Bundesländern die Unterrichtsversorgung in einigen Schulformen schon jetzt erheblich unter 100%. Der demographische Wandel und die rückläufigen Zahlen bei den Schulabsolventen verschärft diese Situation. Somit stellt sich für die Eltern die Frage, ob in Zukunft die Unterrichtsversorgung in allen Bildungsbereichen sicherge-

stellt werden kann. Diese Fragestellung bekommt eine besondere Bedeutung, wenn man sich die regionalen Unterschiede zwischen Stadt und Land und den Bundesländern betrachtet. Diese Unterschiede sind auch in der Personalplanung und der Lehreraus- und Weiterbildung zu beobachten. Durch die aktuellen Herausforderungen an unser Bildungssystem (Migration, Flüchtlinge, Inklusion) werden zusätzlich personelle Ressourcen an unseren Schulen verlangt.

Im Ergebnis geht es um überregionale Bereitstellung multiprofessioneller Personalstrukturen an Bildungs- und Erziehungseinrichtungen im gesamten Bundesgebiet. Das gleiche gilt für die Schulunterstützenden Systeme. Die Bereitstellung der Schulpsychologie, der Schulsozialarbeit sowie der Schulhelfer nimmt mit der Umsetzung der Inklusion und der Integration von Geflüchteten einen immer größeren Stellenwert ein. Um den tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden müssen auch hier regionale Lösungsansätze gefunden werden.

Neben der Bereitstellung des benötigten Personal steht aber auch das Thema Qualifizierung und Weiterbildung auf dem Programm. Die Bund-Länder-Initiative des BMBF zum Thema Qualifizierung des Personals nimmt dieses Thema auf. Auf Grund der anstehenden Herausforderungen an das Schulsystem (Migration, Inklusion) ist die Qualifikation der Lehrkräfte ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

2. Materielle Ressourcen: Schul(um)bau, Lernmittel, Schülerbeförderung

Neben der Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit ausreichendem Personal stehen mit den aktuellen Anforderungen an unsere Bildungseinrichtungen auch erhebliche sächliche Anforderungen im Raum. Auf der Grundlage eines überregionalen Sanierungsbedarfs im Bereich des Schulbaus und neuer Anforderungen durch den Ganztags, der Inklusion, und die Digitalisierung, sind in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Investitionen aufzuwenden. Auch hierbei sind die Anforderungen regional sehr verschieden: Großstädte wie Berlin verzeichnen einen akuten Mangel an ausreichenden Schulgebäuden, im ländlichen Raum müssen Schulgebäude aus Mangel an Schüler geschlossen werden. Alles in allem entspricht die Bausubstanz oft nicht mehr dem aktuellen Bedarf.

Zudem entstehen auch für die Eltern erhebliche die Kosten für die Bildung ihrer Kinder (Schulmaterialien, Schulverpflegung, Schülerbeförderung). Langfristige Forderungen vieler Elternverbände sind die unentgeltliche Schülerbeförderung und eine umfassende Lern- und Lehrmittelfreiheit. Wie sind diese Maßnahmen zu finanzieren? Ist eine partielle Privatfinanzierung der notwendigen Bildungskosten vorstellbar und welche Folgen hat das für unser Bildungssystem, wenn Fördervereine, Stiftungen und Sponsoren in die Bildungsfinanzierung einbezogen werden? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Schulen in privater Trägerschaft (Bildungsbericht 2016). Auch in diesem Sachzusammenhang ist die Entwicklung von regionalen Bildungslandschaften zu sehen. Wer soll hier was in Zukunft finanzieren und welche Zuständigkeiten liegen hier beim Bund, dem Land und der Kommune?

3. Regionale Bildungslandschaften - Schulentwicklung – Schulqualität

Auf der Grundlage einer gesicherten Finanzierung heißt das übergeordnete Thema Schulentwicklungsplanung. Auf der Grundlage welcher Kriterien soll in Zukunft die Schulentwicklung und damit die Standortfrage geplant werden und welche Rolle spielen in diesem Prozess die Schüler, die Lehrer und die Eltern. Gibt es Forschungsprogramme, die diesen Prozess begleiten und gibt es Methoden, die diesen Prozess unterstützen können. Mit der Veröffentlichung der Vodafone Stiftung „Wenn Stadt Bildung mitdenkt, dann...“ und der Montag-Stiftung „Schulen planen und bauen“ wird ein guter Hinweis darauf gegeben. Die Planung von sozialen Räumen ist Bildungsplanung? Aber wie lassen sich Kommunen, Städte und Stadtteile so gestalten und organisieren, dass dadurch die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen, die dort aufwachsen, bestmöglich gefördert werden? Sehr schnell stellt sich damit auch die Frage nach der Schulqualität:

- Welche Bedeutung hat die regionale und lokale Bildungsberichterstattung für die Schulentwicklungsplanung und Fragen der Qualität von Bildungseinrichtungen? (BMBF Bildungsmonitoring: <https://www.bmbf.de/de/kommunales-bildungsmanagement-75.html>)
Wo liegen die Bildungsstandorte und wie sind sie erreichbar?
- Gibt es ein Angebot an außerschulischen Lernorten und werden diese genutzt?
- In wie weit werden weitere Bildungsangebote (Familienbildung, VHS) in das Bildungskonzept einer Region berücksichtigt?
- Gibt es eine kommunale Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und dem Schulamt und anderen Bildungsträgern?
- Gibt es regionale Standards für den Schulbau - Lärm und Luftraumhygiene?
- Gibt es überregionale Konzepte gegen Schulverweigerung beziehungsweise Unterstützungsmaßnahmen für Schüler/innen ohne Schulabschluss (Modellprojekte, die langfristig in eine Struktur überführt werden können)
- Gibt es ein regionales Inklusions- und Integrationskonzept?
- Wie lässt sich die Qualität einer Bildungseinrichtung eigentlich messen um zu entscheiden, welche Bildungseinrichtung gegründet, ausgebaut oder geschlossen werden soll?
- Sind die einzelnen Schulformen hierbei vergleichbar?

3. Themen und Termine für 2018

26. bis 28. Januar 2018

Übergänge und Berufsorientierung

Fachtagung 1

Ausschüsse Gymnasium/Berufsbildende Schule

Potsdam

19. bis 22. April 2018

Jahresthema 2019: Eltern im Bildungssystem – was sagt die Forschung?

Wie sieht es bei den europäischen Nachbarn aus?

Planungstagung für 2019

Potsdam

04. bis 06. Mai 2018

Unterrichtsqualität

Frühjahrsplenartagung

Potsdam

15. bis 17. Juni 2018

Der dritte Pädagoge – Zukunftsfähige Lernräume gestalten

Fachtagung 2

Ausschüsse Grundschule und frühkindliche Bildung/Gesamtschule

Potsdam

21. bis 23. September 2018

Unterstützungssysteme für Schulen und multiprofessionelle Teams

Fachtagung 3

Ausschüsse Hauptschule/Realschule/Förderschule

Potsdam

09. bis 11. November 2018

Demografische Entwicklung und kommunale Schulentwicklung

Herbstplenartagung

Potsdam

4. Über das Ideal der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im politischen Diskurs in Bezug auf Praxis an der Schule“

Referentin: Antje Funke, Bertelsmann Stiftung – Programm Wirksame Bildungsinvestitionen

Ausgangslage: Ungleiche Bildungschancen sind nach wie vor das zentrale Problem der Bildungspolitik in Deutschland. Reformansätze konzentrieren sich hierbei bislang vor allem auf Strukturen und Institutionen. Die Schnittstelle zwischen den Eltern, Schülern und den Institutionen wird in der Forschung wie in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt. Diese Zusammenarbeit wird unter dem Schlagwort Bildungs- und Erziehungspartnerschaft idealisiert.

These: Bildungsungleichheit wird bei Interaktionen zwischen Kindern, Eltern und Fach- und Lehrkräften in Schule (re)produziert. Lehrkräfte orientieren sich an der Mittelschicht und haben eine dementsprechende Vorstellung von guter Kindheit und angemessener Elternschaft. Eltern und Kinder entsprechen dieser Erwartung oft nicht und es kommt zu Missverständnissen, Abwertungen und einer systematischen Besser- und Schlechterstellung von Kindern und Jugendlichen.

Das Ideal der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft verschleiert diese Zusammenhänge. Unterschiedliche Rollen, Machtpositionen und Professionen werden nicht berücksichtigt. Unterschiedliche Möglichkeiten und Interessen an Beteiligung werden übersehen. Partner auf Augenhöhe bedeutet eine Machtteilung, die in der Praxis nicht gelebt wird. Die Perspektive der Kinder wird hierbei weitgehend ausgeblendet. Die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft findet zwar zum Wohl des Kindes statt, Kinder spielen aber konzeptionell keine Rolle und werden eher als ein Objekt der Zusammenarbeit gesehen. Dabei sehen Kinder die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule „anders“ (positiv oder auch negativ).

Zudem gibt es eine Diskrepanz zwischen politischem Diskurs und empirischem Wissen über die Gestaltung der Schnittstelle. Politischer Diskurs: Die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule wird in den Schulgesetzen rechtlich reguliert, Fachzeitschriften fordern Bildungs- und Erziehungspartnerschaften und Stiftungen und politische Akteure werben für das Partnerschaftskonstrukt. In der Forschung gibt es dazu wenig Befunde - empirische Belege der positiven Wirkung der Zusammenarbeit und Beteiligung sind nicht konsistent. Zudem gibt es wenig gesichertes Wissen über die Gestaltung der Schnittstelle Eltern/Schule: Nach wie vor wird hierbei überwiegend aus der Sicht der Institutionen gedacht und die möglichen Ungleichheiten zwischen den Partnern werden kaum berücksichtigt, die Sicht der Kinder werden in diesem Zusammenhang nicht weiter beleuchtet.

Mit der Publikation dieser und folgenden Studie will die Bertelsmann Stiftung dazu beitragen diese Forschungslücke zu schließen. Betrachtet werden die Schnittstellen KITA/Eltern/Grundschule. Das Ziel sind bildungspolitische Impulse für die Gestaltung der Schnittstelle von Familie und Bildungsinstitutionen und faire Bildungschancen. Aus der Analyse und der empirischen Forschung sollen Impulse und Lösungen generiert werden. Ziel sind Steuerungsgrundlagen für den Bund/Länder bezogen

auf die Gesetzgebung, der Bildungs- und Erziehungspläne und der Ressourcenausstattung. Im Ergebnis gibt es Handlungsempfehlungen für die Fachpraxis, Arbeitsmaterialien und Konzeptvorschläge (Strukturveränderung, Organisationsentwicklung).

5. Vorstellung der Deutschen Schulakademie

Referent: Dr. Roman Rösch, Geschäftsführer „Die Deutsche Schulakademie gGmbH

Gute Schulen – das ist das Ziel – wie schafft man das?

Die Gründung der Deutschen Schulakademie war eine Folge aus den Erfahrungen mit den vielen Beispielen von „Guter Schule“, die durch den Deutschen Schulpreis ermittelt wurden. Anders als die Vorgehensweise der KMK, durch den wissenschaftlichen Diskurs Kriterien für gute Schule und Handlungsanweisungen zu ermitteln, geht die Deutsche Schulakademie einen anderen Weg: nämlich gute Beispiele aus der Praxis zu ermitteln – d.h. gute Schulen zu identifizieren. Hier wird gute Praxis transferiert, transformiert und weitergegeben. Hier geht es um den Dialog mit allen Beteiligten an Schule. Darüber hinaus gehen auch Impulse in die Wissenschaft.

Die Deutsche Schulakademie, arbeitet zusammen mit den 61 Preisträgern des deutschen Schulpreises. Daraus ergibt sich ein Netzwerk von 61 Schulen. Die Zielgruppe sind alle Schulen in Deutschland. Auch werden Kooperationen mit den Kultusministerien und den Landesinstituten für Lehrerbildung gesucht. Das Angebot richtet sich an Schulen, an Schulen, die sich entwickeln wollen. Die Themen sind Individualisierung, Unterricht, Heterogenität, demokratisch handeln Lernen, Lernstrukturen gestalten und Schule leiten. Das vielfältige Programm in unterschiedlichen Formaten besteht aus dem Dialog (regionale und bundesweite Veranstaltungen), Werkstatt, Netzwerk, und Plattform für den Austausch über Bildung.

Dialog:

- Regionale Lernforen
- Bundesweite Foren
- Kongress des DSA

Werkstatt:

- Fortbildung für Schulen, nie für einzelne Personen
- Lernen – individuell und gemeinsam
- Lernbegleitung und Leistungsbeurteilung fördern
- Neue Lernstrukturen – Raum Zeit Schule
- Schülerpartizipation
- Willkommen, weiterkommen, ankommen (Flüchtlinge)
- Kollegiale Unterrichtsentwicklung
- Schule leiten – Veranstaltung mit Teams

Netzwerk:

- Hospitationsprogramm
- Netzwerk Schulentwicklung Schleswig-Holstein
- Transferzirkel
- Schulen einer Stadt (Potsdam)

Plattform:

- Transferplattform
- Handbuch gute Schule

Was macht die Deutsche Schulakademie so besonders?

Eine kurze Zusammenfassung in Stichworten:

- **Aus der Praxis für die Praxis** – enge Verzahnung mit dem Preisträger-
netzwerk bei der Programmentwicklung
- **Nachhaltige Wirkung** durch Verbindung von Fortbildung mit Schulentwick-
lung
- Fortbildung geht nur zusammen mit Schulentwicklung
- Innovativ und wirksam in der Fläche durch **Zusammenarbeit mit Koope-
rationspartnern**
- Bundesweite und **schulübergreifende** Programmangebote – Plattform für
intensiven und produktiven Transfer
- Auf Augenhöhe: Plattform für intensiven und produktiven Transfer zwischen
Wissenschaft und Praxis
- **Unabhängige fachlich fundierte Beratung** von Schulen, Bildungspolitik
und Verwaltung
- **Neuartige Zusammenarbeit** von Schulpraxis, Stiftungen und Staat zur
Verbesserung von Bildungs- und Schulqualität

6. Bildungslandschaft neu denken – Vorstellung des Forschungsprogramms der Zukunftsstadt

Referent: Prof. Dr. Peter Paulus, Leuphana Universität Lüneburg

Das Thema Gesundheit ist ein guter Treiber für die Schulentwicklung. Ein wichtiger Ausgangspunkt ist die psychische Gesundheit aller Beteiligten. Ein besonderes Augenmerk gilt hier der Kommune: Wie kann sich Schule bei der Gesundheitsförderung der Schüler und deren Familien beteiligen? Welche Möglichkeit hat die Schule sich an der Gesundheitsentwicklung einer Kommune zu beteiligen? Im Lichte des demographischen Wandels stellen sich weitere Fragen: Wie kann man eine Region entwickeln, die sich unter dem demographischen Wandel und dem Rückgang der Bevölkerung neu organisieren muss? Welche Weichen gilt es jetzt zu stellen, damit zukünftige Städte weiterhin eine hohe Lebensqualität sichern? Das Stichwort lautet auch hier: „Gesunde Kommune“. Wie kann sich eine Kommune umfassend in allen gesellschaftlichen Bereichen weiterentwickeln. Hierbei sind alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingebunden: Wirtschaft, Industrie, Ärzteschaft, Verwaltung, Schule. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die Gemeinde Meßstetten in der schwäbischen Alb. Hier agiert ein sehr aktiver Bürgermeister, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in seiner Gemeinde in den Prozess „gesunde Kommune“ eingebunden hat.

<http://www.albstadt.de/Ebingen>

Zukunftsstadt:

Weltweit leben über 70% der Menschen in den städtischen Ballungsräumen. Es sind die Städte, wo der Kampf um eine nachhaltige Entwicklung gewonnen wird. Bei der BMBF-Projektförderung „Zukunftsstadt“ geht es bei der Beteiligung der Stadt Lüneburg unter anderem um klimafreundliche Energiegewinnung, ein nachhaltiges Gebäude- und Abwasserkonzept. In diesem Wettbewerb bringen sich Teams aus Bürgern, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung ein. Partizipation ist die Grundlage für diesen Prozess (Jugendbeteiligung – sie müssen später in unseren Städten leben). Der Städtewettbewerb soll zeigen: Die „Städte der Zukunft“ sind ein Gemeinschaftsprojekt, das alle angeht. Im Folgenden beschreibt Prof. Paulus die Umsetzung der Bundesförderung „Zukunftsstadt“ im Allgemeinen dann am Beispiel der Stadt Lüneburg:

1. Phase: Entwicklung (51 Kommunen)
2. Phase: Planung
3. Phase: Umsetzung der Vision in 8 Kommunen als Real-Labor

Bis zu 50 Kommunen wurden von einer unabhängigen Kommission ausgewählt. Gefördert werden Konzepte für die nachhaltige Entwicklung einer Kommune. (Stadt, Kommune, Landkreis, Gemeinde etc.)

- Wohnen
- Arbeiten
- Freizeit
- Ernährung
- Mobilität
- Bildung
- Kultur
- Partizipation

Beispiel Lüneburg: Zukunftsstadt Lüneburg 2030+

Die Hansestadt Lüneburg vertieft die Kooperation mit der Leuphana Universität gemeinsam für die nachhaltige Stadtentwicklung. Dabei orientieren sie sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen (17SDG= Global Goals for Sustainable Development). Hierbei gibt es vier Dimensionen: ökonomisch, ökologisch, sozial und kulturell.

Die Gesundheit zu Stärken entspricht dem SDG 3.

Hierzu sind in Lüneburg verschiedene Visionen erarbeitet worden: gemeinschaftliches Wohnen, Sportvereine, Schule, Ernährung, lokales Wirtschaften, Tourismus entschleunigen, Smart City, Gemüsegenossenschaft Stadt-Land, Slow City, etc. Freizeitgestaltung (Seminar an der Leuphana Universität: Gesundes Leben in Lüneburg).

7. Namen, Zahlen, Fakten

Ort: Potsdam

Zeit: Freitag 24. März 2017, 09:00 Uhr, bis Sonntag 26. März 2017, 12 Uhr

Leitung der Tagung:

Stephan Wassmuth, Vorsitzender

Wolfgang Pabel, stellvertretender Vorsitzender des Bundeselternrats,

Erika Takano-Forck, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats

Martina Richter, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats

Protokoll: Martina Richter, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats

Referenten:

- Antje Funke, Bertelsmann Stiftung
- Dr. Roman Rösch, Geschäftsführer „Die Deutsche Schulakademie gGmbH“
- Prof. Dr. Peter Paulus, Leuphana Universität Lüneburg

Dokumentation:

Diese Dokumentation wurde als PDF an alle Mitglieder geschickt und steht im internen Teil der BER-Website zum Herunterladen bereit. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erhält die Dokumentation in vierfacher Ausfertigung.

Finanzierung:

Die Tagung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Redaktion der Dokumentation:

Wolfgang Pabel, stellvertretender Vorsitzender des Bundeselternrats

Erika Takano-Forck, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats